

6. Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 10.09.2020

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manuel Prieler Johannes Mecke Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Udo Guist Raphael Gutmann Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Dr. Stephanie Moser Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Marianne Rader Philipp Schwarz Jutta Schödl Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Sabine Fister	

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlt heute das Gemeinderatsmitglied Frau Fister.

Der Vorsitzende erkundigt sich beim Gremium ob Einwände gegen das Fotografieren in heutiger Sitzung bestehen. Nachdem keine Einwände vorgetragen wurden erteilte der Gemeinderat somit seine Zustimmung. Ebenfalls wurden die Zuhörer im Sitzungssaal darüber in Kenntnis gesetzt, dass in heutiger Sitzung fotografiert wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Gutmann nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

63 24 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 22.07.2020, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

64 24 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

65 24 **Sanierung FEZI an der Jahnstraße; Genehmigung von zusätzlichen Kosten für die Ausstattung Café und Café-Erweiterung aufgrund Hygieneauflagen des Landratsamts und zusätzliche Nutzerwünschen**

Der Erste Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 962 vom 14.11.2019 und Nr. G20 vom 28.05.2020 sowie Nr. 51 vom 16.07.2020, in Erinnerung, in dem diese Gesamtmaßnahme mit Außenanlagen und Café Erweiterung mit 5.449.729,- € brutto inkl. Außenanlagen und Baunebenkosten genehmigt wurde.

Wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 16.07.2020 durch die Verwaltung hingewiesen wurde, waren die Kosten für die Ausstattung der Café-Erweiterung sowie dessen Auflagen durch das Landratsamt München mit ca. 300.000,- € brutto geschätzt.

Nach Vorlage der Kostenberechnung wurde die Verwaltung beauftragt, diese dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Im Rahmen der Café-Erweiterung werden folgende zusätzliche Kosten benötigt:

Café-Erweiterung (ca. 46 m² inkl. Ausstattung)	145.500,- € brutto
Zusatzkosten für Bauphysik und Statik	38.500,- € brutto
Auflagen Landratsamt an die Hygieneanforderungen	
Café-Betrieb	75.000,- € brutto
Beleuchtung Café-Erweiterung	8.700,- € brutto
Zusätzliche Nutzerwünsche für Café und Disco	39.600,- € brutto
Akzentbeleuchtung (20 Stück)	7.500,- € brutto
<u>Auflagen Landratsamt hinsichtlich Brandmeldeanlage</u>	<u>29.000,- € brutto</u>
Insgesamt	ca. 343.300,- € brutto

Herr Schöngruber, SSP Architekten, München, erläutert die Ausstattung Café-Erweiterung und steht dem Gremium in der Sitzung am 10.09.2020 für Fragen zur Verfügung. Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass aktuell das dritte Vergabepaket ausgeschrieben wurde.

Es handelt sich hierbei um die Gewerke Abbruch, Baumeister, Dacharbeiten, Heizungs- und Wärmeversorgungsanlagen, Kälte-, Klima- und Raumlufttechnische Anlagen und Elektroarbeiten. Aktuell liegt ein Vergabegewinn von rund 333.000,- € brutto vor.

Gewerk	Kostenansatz	Ausschreibungs-	
Vergabegewinn	des Budgets	ergebnis	
Abbruch	234.290,69 € (SSP 97.920,38 € + HLS 136.370,31 €)	136.130,75 €	98.159,94 €

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gewerk Vergabegewinn	Kostenansatz des Budgets	Ausschreibungs- ergebnis	
Baumeister	277.673,43 € (SSP 238.134,75 € + HLS 35.647,38 € + ELT 3.891,30 €)	283.215,86 €	- 5.542,43 €
Dacharbeiten	262.188,57 €	251.285,16 €	10.903,41 €
Heizung/Kälte	278.745,96 €	254.118,53 €	24.627,43 €
Lüftung	198.757,76 €	130.152,24 €	68.605,52 €
Sanitär	198.720,60 €	162.589,62 €	36.130,98 €
Elektro	465.410,79 €	375.384,07 €	90.026,72 €
Vergabegewinne aktueller Stand 01.09.2020		brutto	322.911,57 €

Die Kostenberechnung erfolgte aufgrund der aktuellen BKI-Werte. Die Vergabegewinne zu den bepreisten LV's ist auf die durchschnittlich sehr günstigen Einheitspreise zurückzuführen. Eine Prüfung bezüglich möglicher Unterangebote erfolgte durch die Fachbauleitung und dem Projektsteuerer, Edr, und wurde in den jeweiligen Vergabeunterlagen entsprechend festgehalten.

Aufgrund der Ausschreibungslage und den aktuellen Vergabegewinnen schlägt die Verwaltung vor, das Kostenbudget nicht zu erhöhen.

Dem Grunde nach sind die Ausstattungskosten durch den Gemeinderat zu genehmigen und durch das Gesamtbudget von 5.449.729,- € brutto inkl. Baunebenkosten zu kompensieren.

Sollten sich im Lauf der weiteren Ausschreibungen Budgetüberschreitungen ergeben, wird durch die Verwaltung ein entsprechender Kostenbericht dem Gremium vorgelegt.

Die Baubeginnsanzeige erfolgt zum 03.09.2020. Ab 07.09.2020 werden planmäßig die Abbrucharbeiten im Innenbereich beginnen. Nach aktuellem Stand ist mit der Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen planmäßig im Juni 2021 zu rechnen.

Auf Grund der heute kurzfristig erfolgten Absage des vortragenden Architekten SSP, Waldkirchen, sollte der Bauausschuss, in der heutigen Sitzung ermächtigt werden, die zusätzlichen Ausstattungsmaßnahmen für die Café-Erweiterung zu behandeln und die beschlossenen Kosten zu genehmigen.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat ermächtigt den Bau- Verkehr-und Grundstücksausschuss über die zusätzlichen Ausstattungsmaßnahmen für die Café-Erweiterung mit folgenden Punkten:

Café-Erweiterung	
(ca. 46 m² inkl. Ausstattung)	145.500,- € brutto
Zusatzkosten für Bauphysik und Statik	38.500,- € brutto
Auflagen Landratsamt an die Hygieneanforderungen	
Café-Betrieb	75.000,- € brutto
Beleuchtung Café-Erweiterung	8.700,- € brutto
Zusätzliche Nutzerwünsche für Café und Disco	39.600,- € brutto
Akzentbeleuchtung (20 Stück)	7.500,- € brutto
<u>Auflagen Landratsamt hinsichtlich Brandmeldeanlage</u>	<u>29.000,- € brutto</u>
mit insgesamt	ca. 343.300,- € brutto

in seiner nächsten Sitzung am 29.9.2020 darüber beraten und die entstehenden Kosten zu genehmigen.

Über die Beschlusslage des Bau- Verkehr-und Grundstücksausschuss ist der Gemeinderat zu informieren.

AZ 621
Bauamt

66

24

Neubau Bauhof Unterföhring; Vorstellung der Entwurfsplanung (LPH 3) mit Kostenberechnung (KOB) und Festlegung für die weitere Planung und Ausführung

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 28.05.2020, Beschluss Nr. 27, in Erinnerung, mit welchem die Vorstellung der Vorplanung (LP 2) und der zugehörigen Kostenschätzung erfolgte. In der Gemeinderatssitzung stimmte das Gremium der Vorplanung Stand 15.05.2020 mit den Gesamtkosten von 19.940.000,00 € brutto sowie folgenden weiteren kostenwirksamen Festlegungen zu:

- EV 09 Ausführung Variante 3:Verkleinerung der Halle Bauteil C
Die Kosteneinsparung in Höhe von 140.420,00 € brutto ist in der vorgenannten Kostenschätzung noch zu berücksichtigen.
- EV 10 Ausführung Carport (2 Stellplätze) mit Radbügel
Die Mehrkosten für Variante 1 in Höhe von 13.090,- € brutto werden zusätzlich zur vorgenannten Kostenschätzung genehmigt.

Den auf Grundlage vorgenannter Festlegungen fortgeschriebenen Kosten in Höhe von somit insgesamt 19.812.670,- € brutto wurde zugestimmt.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Im Zuge der weiteren Planung nach Genehmigung der Vorplanung hat sich gezeigt, dass die Entscheidungsvorlage 11 (Netzersatzanlage) nicht weiter erforderlich ist. Auf Grund der vertieften Planung wurde mit den beauftragten Fachbeteiligten herausgearbeitet, dass für das Regenwasserrückhaltebecken ein Überlauf in eine Mulde realisiert werden kann. Somit wird keine Notstromversorgung benötigt. Bei der Schmutzwasseranlage kann auf Grund eines größeren Pumpenschachtes ebenfalls auf die Notwendigkeit einer Notstromversorgung verzichtet werden. Die Entscheidungsvorlage EV 11 vom 13.05.2020 ist nicht mehr erforderlich. Die bisherigen Kosten aus Kostenschätzung in Höhe von 101.700 € brutto sind nicht mehr in der Kostenberechnung aus heutiger Sitzung enthalten.

Mit Entscheidungsvorlage EV12 wird die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Bauteil C mit unterschiedlichen Leistungswerten untersucht. Durch die Fachplanung Elektro wurde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von drei verschiedenen Anlagengrößen durchgeführt. Über einen Zeitraum von 20 Jahren (Lebensdauer der Solarmodule) ist die Wirtschaftlichkeit einer 40 kWp Anlage am größten. Eine PV-Anlage mit 40 kWp gemäß Empfehlung der Fachplanung Elektro ist in der heute vorgelegten Kostenberechnung bereits enthalten.

Die Entscheidungsvorlage, Stand 04.08.2020, eine Kostenauswirkung gegenüber der Grundvariante, Stand 04.08.2020, sowie die Wirtschaftlichkeitsprüfung mit Dachaufsicht BT C, Stand 04.08.2020 wurde dem Gremium zugestellt.

Auf Grundlage der mit Beschluss des Gemeinderates vom 28.05.2020, Beschluss Nr. 27, genehmigten Vorplanung wurde unter Einbeziehung des künftigen Nutzers die Entwurfsplanung mit zugehöriger Kostenberechnung durch die Objekt- und Fachplanung erstellt.

Auf Grund der wesentlichen Kostenentwicklung zwischen Kostenschätzung (LP 2) in Höhe von 19.812.670.000,- € brutto, Stand Gemeinderat 28.05.2020, und nun vorgelegter Kostenberechnung (LP3) mit rund 22.500.000,- € brutto; Stand 31.07.2020, wurden die Projektsteuerung sowie die Objekt- und Fachplanungen aufgefordert, uneingeschränkt Einsparmöglichkeiten zu unterbreiten.

Die Einsparmöglichkeiten in Höhe von insgesamt 2.295.400,- € brutto, Stand 03.09.2020, wurden durch die Verwaltung und der Bauhofleitung hinsichtlich Übereinstimmung mit den bisherigen Planungsvorgaben sowie arbeitsorganisatorischen und betrieblichen Belangen geprüft. Die Stellungnahme des Nutzers sowie die zugehörigen Kosten sind in der dem Gremium zugestellten Präsentation (PDF), Stand 03.09.2020, auf den Seiten 25 bis 27 im Einzelnen vorgestellt.

Die Einsparvorschläge sind im Einzelnen:

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nr.	Definition Einsparmaßnahme	Anmerkung Nutzer / Verwaltung / Bauleitplanung
1.1	Entfall Vordach im Innenhof	Vordach kann umlaufend entfallen, jedoch sollten kl. Vordächer Zugang Verwaltung und Mieterwohnung vorgesehen werden
1.2	Reduzierung der Hallenhöhe BT-D, Achse 14-11,5	Schreinerei und Bremsenprüfstand können in der Hallenhöhe reduziert werden
1.3	Reduzierung der Hallenhöhe BT-B, Achse 8-12	Verkehrszeichen, Maurer und Straßenbau können reduziert werden
1.4	Wärmeabzugsöffnungen in der Fassade BT -C	Die Öffnungen können ausgeführt werden, jedoch sollte ein Schutz vor Laub/Vögel vorgesehen werden
1.5	Asphaltbelag BT C und BT- E	Asphaltbelag ist dort wo möglich (Traglasten) ausreichend
1.6	Änderung Tore BT C	Die aktuell geplanten Tore sind beizubehalten
1.7	Entfall Aufzug BT A	Einsparung nicht möglich, Nutzung des 1.OG dann nur eingeschränkt möglich
1.8	Entfall Fliesen BT D	Alternative OSB Beschichtung ist mit wiederkehrender Wartung verbunden; Gewährleistung eines sicheren Arbeitsplatzes durch Fliesenbelag
1.9	Entfall Mitarbeiterwohnungen	Einsparung aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll
1.10	Reduzierung Grundfläche Hallen um 1m	Einsparung aus Sicht des Nutzers nicht realisierbar, Stellflächen/Lagerflächen sind auf alle Fälle notwendig. Die jetzige Flächenermittlung beinhaltet keine Reserven
1.11	Stützenreihe BT- C	Ausführung kann aus Sicht des Nutzers ausgeführt werden
1.13	Entfall Plattenregal BT -C (25 lfm)	Durch die Regale optimale Ausnutzung der Halle
1.14	Entfall Stahlraumbühne BT- E	Die Lagerung von 32 Markthütten in der Ebene wäre Flächenverschwendung
1.15	Änderung Lagerfläche BT- E, Entfall Markthüttenlager	In der Praxis bewähren sich dezentrale Lager weitaus effizienter: mehr Verantwortungsgefühl für die Mitarbeiter-bessere Pflege und

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

		Wartung der Gerätschaften- höhere Motivation
2.1	Entfall neue Kompressoranlage	Anlage soll aus Bestand im neuen Bauhof verwendet werden-keine Neuanschaffung
2.2	Entfall Grundwasserbrunnen	Die Nutzung des Grundwasserbrunnens soll weiter möglich sein
2.3	Entfall Tankanlage	Um die Funktionalität vom Bauhof gewährleisten zu können, ist diese notwendig
2.4	Änderung Regenwasserrückhaltebecken	Die alleinige Nutzung des Brunnenwassers für Befüllung der Gießfahrzeuge ist möglich
3.1	Entfall Photovoltaik oder Reduzierung	Entscheidung des Gremiums
3.2	Sicherheitsbeleuchtung	Soll weiterhin aufgrund Arbeitsstättensicherheit geplant werden
3.3	Sonnenschutzsteuerung	Sonnenschutz kann in allen Räumen mit manueller Bedienung ausgeführt werden
3.4	Videoanlage	Tor ist aufgrund der Lage nicht einsehbar-ist somit notwendig
3.5	Videosprechstellen	Zugangssituation nicht einsehbar-ist somit notwendig
3.6	Fernsteuerung Tor	Integration in Schließanlage notwendig
3.7	Entfall <u>einer</u> von zwei Ladestationen	Widerspricht einem Zukunftskonzept mit höherem E-Auto Anteil
3.8	Entfall einzelne Torbeleuchtung außen	Keine Einzeltorbeleuchtung notwendig; die Beleuchtung mit Ausleger soll über einen zentralen Bewegungsmelder geschaltet werden
4.4	Qualitätsreduktion der Beläge im Außenlager und Innenhof	Beläge könnten asphaltiert werden, Bereiche mit hoher Beanspruchung durch Scherkräfte müssen neu bewertet werden, Erarbeitung eines Konzeptes notwendig
4.5	Entfall elektrischer Antrieb Lagerflächentor	Tor kann aufgrund des Betriebsablaufes nicht manuell betrieben werden
4.6	Lagerflächentor als zweiflügeliges Tor	Schiebetor ist notwendig; Flügeltor ist reparaturanfälliger und unpraktisch in der Handhabung
4.7	Reduzierung der Innenhoffläche durch Reduzierung der	Reduzierung der Hallenfläche und somit Reduzierung der

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

	Hallenfläche BT-C	Innenhoffläche nicht möglich, Möglichkeit der Vergrößerung der angedachten Grünfläche im Innenhof
--	-------------------	--

Fehlende Nummern beziehen sich auf bereits getroffene und mit Beschluss des Gemeinderates vom 28.05.2020, Nr. 27, getroffene Entscheidungen.

Aufgrund der genaueren wirtschaftlichen und differenzierten Betrachtung wurde für Punkt 3.1 der Einsparvorschläge Photovoltaikanlage eine eigenständige Entscheidungsvorlage vorbereitet und dem Gremium zu heutiger Sitzung zugestellt.

Dem Gremium wurde weiter eine Einsparliste, Stand 03.09.2020, sowie Präsentation (PDF), Stand 03.09.2020, zu heutiger Sitzung mit folgenden wesentlichen Inhalten zugestellt:

- Entwurfsplanung
 - Lageplan
 - Grundrisse
 - Ansichten & Schnitte
 - Farb- & Materialkonzept
 - Konsequenzen aus Baugrundgutachten
- Kostenberechnung
 - Flächenübersicht
 - Kostenberechnung im Vergleich zur Kostenschätzung
 - Detailprüfung zur Kostenberechnung
 - Einsparmaßnahmen
- Termine

Die beauftragte Objektplanung Knerer & Lang, Frau Eva Lang und Herr Iwan Schröder, sowie die Fachplanungen Heizung Lüftung Sanitär (HLS) RS Ingenieure, Herr Matthias Ostner, Elektroplanung GFI Gesellschaft für Ingenieurplanung mbH, Herr Jürgen Grün, sowie die Projektsteuerung pm5 Projektmanagement GmbH, Frau Rosa-Maria Höfle und Herr Jörg Freitmeier, sowie Vertreter des Bauhofes stellten die Entwurfsplanung und Kostenberechnung am 07.09.2020 vor und beantworteten die auftretenden Fragen aus der Mitte des Gremiums.

Die Objektplanung Knerer und Lang, Herr Schröder, sowie die Projektsteuerung pm5 Projektmanagement GmbH, Herr Jörg Freitmeier, stehen dem Gremium in heutiger Sitzung für weitere Fragen zur Verfügung.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt die vorgelegte Entwurfsplanung Stand 30.07.2020 mit der zugehörigen Kostenberechnung, Stand 31.07.2020, mit folgenden Hinweisen und Anregungen zur Kenntnis:

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemäß Entscheidungsvorlage EV 12 ist nach der Empfehlung der Fachplanung Elektro eine Photovoltaikanlage mit einer Anlagengröße von 40 kWp zu errichten.

Folgende vorgelegte Einsparvorschlägen der Planungsbeteiligten und Projektsteuerung werden für die weiteren Planungen festgelegt:

Nr.	Einsparmaßnahme	Einsparung € brutto	Ja	nein
1.1	Entfall Vordach im Innenhof	115.000,00	X	
1.2	Reduzierung Hallenhöhe BT- D	37.250,00	X	
1.3	Reduzierung Hallenhöhe BT- B	51.250,00	X	
1.4	Wärmeabzugsöffnungen	20.000,00	X	
1.5	Asphaltbelag BT- C und BT- E	40.000,00	X	
1.6	Änderung Tore BT C	4.000,00		X
1.7	Entfall Aufzug BT A	81.700,00		X
1.8	Entfall Fliesen BT D	18.000,00		X
1.9	Entfall Mitarbeiterwohnungen	56.000,00		X
1.10	Reduzierung Grundfläche Hallen um 1m kürzer	470.000,00		X
1.11	Stützenreihe BT- C	100.000,00	X	
1.13	Entfall Plattenregal BT -C (25 lfm)	13.000,00		X
1.14	Entfall Stahlraumbühne BT- E	56.000,00		X
1.15	Änderung Lagerfläche BT- E, Entfall Markthüttenlager	556.000,00		X
2.1	Entfall neue Kompressoranlage	11.000,00	X	
2.2	Entfall Grundwasserbrunnen	10.500,00		X
2.3	Entfall Tankanlage	19.500,00		X
2.4	Änderung Regenwasserrückhaltebecken	9.000,00		X
3.1	Photovoltaik	95.200,00		X
3.2	Sicherheitsbeleuchtung	10.800,00		X
3.3	Sonnenschutzsteuerung	11.900,00	X	
3.4	Videoanlage	6.400,00		X
3.5	Videosprechstellen	2.000,00		X
3.6	Fernsteuerung Tor	4.100,00	X	
3.7	Entfall einer Ladestation	11.300,00		X
3.8	Entfall einzelne Torbeleuchtung außen	12.100,00	X	
4.4	Qualitätsreduktion der Beläge im Außenlager und Innenhof	135.000,00	X	
4.5	Entfall elektrischer Antrieb Lagerflächentor	6.000,00		X
4.6	Lagerflächentor als zweiflügeliges Tor	5.000,00		X
4.7	Reduzierung der Innenhoffläche	28.000,00		X
	Summe der mit ja angenommenen Einsparmaßnahmen	537.600,00		
	Anteil Baunebenkosten	80.640,00		
	Gesamteinsparung	618.240,00		

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die heute nach Abzug vorgenannter Einsparmaßnahmen benannten Gesamtprojektkosten in Höhe von 21.881.760,- € brutto (22.500.000,- € brutto abzüglich 618.240,- € brutto) werden genehmigt.

Das Farb- und Materialkonzept ist mit entsprechenden aussagekräftigen Mustern in ausreichender Größe vorzubereiten und dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss als Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, alle weiteren Schritte (Abruf weiterer Leistungsphasen LPh 4 und LPh 5 der Planungsbeteiligten) zur Realisierung des Neubaus Bauhof Unterföhring in die Wege zu leiten.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind unter den Haushaltsstellen 77110.9420 und 77110.9490 in den Haushalt der kommenden Jahre einzustellen.

AZ 621
Bauamt

67 24 Unterföhringer Kulturpreis: Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 10.01.2008, Nr. 1177 in Erinnerung, mit dem erstmalig die Richtlinien zur Vergabe eines Unterföhringer Kulturpreises erlassen wurden.

Unter anderem wurde in der Richtlinie unter Nr. 3 festgelegt, dass dem jeweiligen Künstler der „sogenannte Unterföhringer Mohr“ übergeben werden soll, mit dem Hintergrund, dass „der Mohr im Unterföhringer Wappen enthalten ist und einen geschichtlichen Hintergrund darstellt“. Zusätzlich wird ein entsprechendes Preisgeld vergeben (Nr. 4 der Richtlinien).

Der Erste Kulturpreis wurde auf Grund des Bewertungszeitraumes im Jahr 2008 nach Auswertung im Jahre 2009 erstmals im Jahr 2010 übergeben. Der Gemeinderat sprach sich in seiner Sitzung am 18.09.2008, Nr. 74 dafür aus, dass der beschlossene Kulturpreis, eine Mohrenbüste (ca. 25 cm) – zunächst bis zur weiteren Entscheidung als Musterexemplar mit Zeichnung durch Frau Margit Festl aus Stein (Marmor) hergestellt wird.

In der Sitzung des Gemeinderats am 11.02.2015, Nr. G143 wurde beschlossen, dass an dem bisherigen Konzept des Unterföhringer Kulturpreises festgehalten wird. Die Verwaltung wurde beauftragt, weitere Mohren von der Künstlerin Margit Festl aus Ismaning in Auftrag zu geben. Die bisherigen Richtlinien zur Vergabe blieben unverändert.

Aufgrund der aktuellen Rassismus-Debatte und der aktuellen black lives matter-Bewegung soll diskutiert werden, ob der Unterföhringer Kulturpreis weiterhin aus dem Wappen der Gemeinde entlehnt werden und welche Bezeichnung er weiterhin tragen soll.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister stellt folgende Möglichkeiten zu Diskussion:

Alternative 1:

Beibehaltung der aktuellen Figur und künftiges Unterlassen der Bezeichnung „sogenannter Unterföhringer Mohr“.

Alternative 2:

Neugestaltung der Figur des Unterföhringer Kulturpreises.

Nach eingehender Diskussion stellt das Gemeinderatsmitglied Frau Fischer einen Geschäftsordnungsantrag (§ 22 Abs. GeschO), den heutigen Tagesordnungspunkt abzusetzen und diesen in einer der nächsten Sitzungen aufzurufen.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen.

Beschluss: 14:10

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung zugelassen wurde lässt der Vorsitzende über den Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes inhaltlich abstimmen.

Beschluss: 3:21

Nachdem der Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes abgelehnt wurde, wird der Vorsitzende nun zur originären Abstimmung kommen.

Beschluss: 16 : 8

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus den Unterföhringer Kulturpreis in seiner bisherigen Form beizubehalten. Der Name lautet künftig ausschließlich „Unterföhringer Kulturpreis“; die missverständliche und unzeitgemäße Bezeichnung „Unterföhringer Mohr“ findet keine Anwendung mehr und ist aus den Richtlinien zu streichen. Das Kulturamt wird beauftragt für das kommende Jahr eine Bildungsreihe zu entwickeln, die das Thema Rassismus aus verschiedenen Perspektiven behandelt.

AZ 310

Referent des Bürgermeisters

24 **GEOVOL Unterföhring GmbH;**

Finanzen

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

68

24

GEOVOL Unterföhring GmbH; **Entlastung des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH für das** **Jahr 2019**

Der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeier (in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler (als Mitglieder des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sind bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt. Sie sind gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Herr Manfred Axenbeck als Dienstälteste Gemeinderatsmitglied.

Herr Manfred Axenbeck verweist auf die Beteiligungsberichte 2019, in denen die Beteiligungen der Gemeinde Unterföhring an der GEOVOL Unterföhring GmbH erläutert sind. Neben dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates befinden sich vier weitere Gemeinderatsmitglieder sowie Herr Prof. Dr. Greulich im Aufsichtsrat der GmbH.

Herr Manfred Axenbeck verweist auf die Jahresabschlussunterlagen 2019, die im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern vertraulich zur Verfügung gestellt wurden.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses (Art. 107 GO), der entsprechend der für eine große Kapitalgesellschaft geltenden Vorschriften (Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB) durchgeführt wurde, hat der Aufsichtsrat den Wirtschaftsprüfer Herrn Helmut Wiedemann beauftragt. Die erstellten Prüfberichte (inkl. Anlagen) sowie die abschließenden Prüftestate lagen während der Sitzung aus und sind für die Gremiumsmitglieder in der Finanzverwaltung nach Terminvereinbarung einsehbar. Die Prüfung ergab eine ordnungsgemäße Geschäftsführung, daher empfiehlt der Wirtschaftsprüfer die Entlastung des Geschäftsführers.

In der 112. Aufsichtsratssitzung am 22.07.2020 TOP 2 (Jahresabschluss 2019) hat sich der Aufsichtsrat bereits mit dieser Thematik befasst und gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 4 des Gesellschaftervertrags für die GEOVOL Unterföhring GmbH den Jahresabschluss 2019 festgestellt und in der Folge gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 1 des Gesellschaftervertrags die Geschäftsführung entlastet sowie entsprechende Beschlüsse über die Ergebnisverwendung gefasst.

Grundlage des Gesellschaftervertrags vom 24.07.2007 war die entsprechende Beschlussfassung im Gemeinderat vom 12.07.2007, mit der die entsprechenden Aufgaben an den Aufsichtsrat übertragen wurden.

Die Entlastung des Aufsichtsrats übernimmt gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Gesellschafterversammlung. 100%-ige Gesellschafterin ist die Gemeinde Unterföhring, und damit übernimmt der

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erste Bürgermeister gemäß Art. 38 Abs. 1 GO die alleinige Gesellschaftervertretung. Der Erste Bürgermeister entlastet folglich gem. § 12 Absatz 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Da der Erste Bürgermeister in Personalunion sowohl alleiniger Gesellschaftervertreter als auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, kann die allgemeine Ermächtigung des Gesellschaftervertreters zur Entlastung des Aufsichtsrats nicht für den Aufsichtsratsvorsitzenden gelten. Die Entlastung des Ersten Bürgermeisters in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender obliegt daher dem Gemeinderat.

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung 2019, die Feststellung der Jahresrechnung 2019 sowie die Entlastung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat zur Kenntnis und genehmigt diese hiermit.

Der Gemeinderat spricht zudem dem Ersten Bürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden sowie dem Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2019 die Entlastung aus.

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler haben sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

AZ 9111
Finanzen

69

24

GEOVOL Unterföhring GmbH;
Geothermieprojekt Unterföhring; Bürgschaft der Gemeinde
Unterföhring für die GEOVOL Unterföhring GmbH

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Beschluss vom 09.07.2009, Nr. G222, in dem die Ermächtigung erfolgte, Antrag auf Genehmigung einer Bürgschaft beim Landratsamt München zu den marktüblichen Konditionen zu stellen.

Am 13.03.2020 wurde vom Geschäftsführer der GmbH, Herrn Lohr, für das Haushaltsjahr 2020 ein zusätzlicher Antrag bei der Gemeinde zur Stellung einer 80-prozentigen Bürgschaft in Höhe von 560.000 € zur Absicherung der Kosten für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2020 gestellt, welcher durch das KfW-Programm 271 (erneuerbare Energien) gefördert wird. Der Zinssatz für das Darlehen beträgt 0,85 %.

Wie aus den Bürgschaftsanfragen der Vorjahre bekannt, hat der Avalsatz für die gestellte Bürgschaft die marktübliche Höhe auszuweisen, um keine

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beihilfeproblematik entstehen zu lassen. Die Verwaltung schlägt einen Satz von 0,35 % der beanspruchten Bürgschaftssumme vor.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Fischer hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Bürgschaft für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2020 zu. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, nach Genehmigung des Bürgschaftsvertrags durch das Landratsamt München die Bürgschaft über 80 Prozent der Kreditsumme von 700.000 € (Bürgschaft = 560.000 €) mit der GEOVOL Unterföhring GmbH abzuschließen.

Die Bürgschaftsprovision wird mit 0,35 Prozent festgesetzt und wird unter der HHSt. 03000.2620 verbucht.

AZ 916
Finanzen

70

24

Zweite Anpassung der Zweckvereinbarung über die Schulaufwandsträgerschaft für das Gymnasium Unterföhring

Der Vorsitzende erinnert an die Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.01.2016 (Nr. 313) sowie 14.07.2016 (Nr. 419), in denen die Schließung einer Zweckvereinbarung über die Schulaufwandsträgerschaft für das Gymnasium Unterföhring mit dem Landkreis München beschlossen wurde. Diese Zweckvereinbarung wurde im August 2016 entsprechend unterzeichnet. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 12.04.2018 (Nr. 706) wurde die Zweckvereinbarung bereits angepasst.

In aktuellen Fassung der Zweckvereinbarung ist bisher in § 2 Absatz 2 (Kostentragung Landkreis München) folgendes geregelt:

(2) Der Landkreis übernimmt:

1. 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen; das gilt für die erstmalige Errichtung einer Schule, für Erweiterungsbauten (bauliche Erweiterung der Nutzfläche einer bestehenden Schule) und Ersatzneubauten. Das Schulgrundstück muss ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises eingebracht werden.
2. 100 % der tatsächlichen Baukosten bei Umbaumaßnahmen und General-sanierungen - jeweils inkl. energetisch begründeter Baumaßnahmen - , der Kosten von Anlagen zur Stromerzeugung mit Nutzung regenerativer Energieträger im Eigenbetrieb bei bestehenden Bauten und Neubauten sowie

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

der erforderlichen Aufwendungen für Container, Raumanmietungen und der Abbruchkosten.

3. 50 % der Zinsen für Zwischenfinanzierungen, die wegen nicht rechtzeitiger Gewährung staatlicher Zuschüsse von der Gemeinde aufgenommen werden müssen.

4. die Differenz zwischen 30 % und 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen für die nach Art. 10 FAG geförderten Baumaßnahmen der Gemeinde rückwirkend für die Jahre 1993 (Inbetriebnahme ab dem 01.01.1993) bis einschließlich 2017 unter Berücksichtigung einer 25-jährigen Abschreibung.

Dabei wird wie folgt vorgegangen:

Es werden 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten um die Abschreibungsbeträge der jeweiligen Jahre reduziert. Die Abschreibung wird linear ermittelt und beginnt im Folgejahr der Inbetriebnahme, also frühestens ab dem Jahr 1994. Der so ermittelte Betrag wird um 30 % der zuweisungsfähigen Baukosten ohne Abschreibungen zur Ermittlung der Differenz gegenübergestellt.

Der Kreistag des Landkreises München hat mit Beschluss vom 23.09.2019 entschieden, dass bei Neubauten sowie bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten künftig die Gastschüler und gemeindefremden Landkreisschüler vom Landkreis München ebenfalls berücksichtigt werden. Die Regelung gilt für Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorgelegen hat. Somit gilt die Regelung **nicht** für den Neubau des Gymnasiums Unterföhring sondern erst für künftige Baumaßnahmen.

Hinsichtlich der Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Unterföhring hat der Kreistag folgende Formulierungsanpassungen in § 2 Absatz 2 beschlossen:

Absatz 2 Nr. 2.1 neu:

70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen; das gilt für die erstmalige Errichtung einer Schule, für Erweiterungsbauten (bauliche Erweiterung der Nutzfläche einer bestehenden Schule) und Ersatzneubauten. Das Schulgrundstück muss ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises eingebracht werden.

Der Landkreis München übernimmt für jeden prognostizierten (bei Neubauten) bzw. gesicherten (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Gastschüler prozentual aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) zusätzliche Baukosten. Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Außerdem übernimmt der Landkreis München zusätzliche Baukosten, sofern der prognostizierte (bei Neubauten) bzw. gesicherte (bei Erweiterungs- und

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Ersatzneubauten) Anteil an Landkreisschülern, die nicht in der Gemeinde Unterföhring wohnen, über 5 % je Herkunftsgemeinde liegt. Diese werden für den 5 % je Herkunftsgemeinde übersteigenden Anteil der gemeindefremden Landkreisschüler aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) berechnet (Beispiel: bei 7 % Schüleranteil aus einer fremden Landkreisgemeinde werden 2 % der tatsächlichen Baukosten als zusätzlicher Anteil übernommen). Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Der vom Landkreis München insgesamt getragene Investitionskostenanteil einschließlich der Zuschüsse, Beihilfen und freiwilligen Leistungen irgendwelcher Art darf 100 % der tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) nicht überschreiten.

In § 2 Abs. 3 und 4 werden die folgend benannten redaktionellen Änderungen eingefügt, mit denen auf die Änderungen in § 2 Abs. 2 Nr. 2.1 verwiesen wird.

§ 2 Abs. 3 neu:

Der Anteil des Landkreises nach Abs. 2 Nr. 2.1 Satz 1 wird entsprechend dem Baufortschritt in der Haushaltssatzung der Gemeinde festgesetzt. Er wird nach Rechnungsstellung durch die Gemeinde fällig.

§ 2 Abs. 4 neu:

Die Abrechnung über die Kosten der Baumaßnahmen nach Abs. 2 Nr. 2.1 Satz 3 und 5 und Nr. 2.2 mit dem Landkreis München erfolgt fünf Jahre nach Fertigstellung der Baumaßnahme.

Bei Baumaßnahmen, die innerhalb eines Haushaltsjahres abgeschlossen werden bzw. für den Schulbetrieb zur Verfügung stehen, erfolgt die Abrechnung im darauffolgenden Haushaltsjahr.

Der Landkreis München hat im Vorgriff auf seine endgültigen Leistungen nach Abs. 2 Nr. 2.1 Satz 3 und 5 und Nr. 2.2 Abschlagszahlungen zu leisten.

Für eine Anpassung der bestehenden Zweckvereinbarung in o.g. Form ist die Zustimmung der Gemeinde Unterföhring erforderlich, um die der Kreistag entsprechend bittet.

Sofern der Gemeinderat dieser Änderung der Zweckvereinbarung vom August 2016 zustimmt, wird die neu beschlossene Formulierung in Form einer Änderungsvereinbarung verwendet.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Dianè hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 23 : 0

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat stimmt einer Anpassung der bestehenden Zweckvereinbarung über die Schulaufwandsträgerschaft für das Gymnasium Unterföhring vom 04.08.2016 in der Fassung vom 17.09.2018 zu.

Entsprechend der Entscheidung des Kreistags des Landkreises München vom 23.09.2019 erhält § 2 folgende neue Formulierung:

§ 2 Absatz 2 Nr. 2.1:

70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen; das gilt für die erstmalige Errichtung einer Schule, für Erweiterungsbauten (bauliche Erweiterung der Nutzfläche einer bestehenden Schule) und Ersatzneubauten. Das Schulgrundstück muss ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises eingebracht werden.

Der Landkreis München übernimmt für jeden prognostizierten (bei Neubauten) bzw. gesicherten (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Gastschüler prozentual aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) zusätzliche Baukosten. Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Außerdem übernimmt der Landkreis München zusätzliche Baukosten, sofern der prognostizierte (bei Neubauten) bzw. gesicherte (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Anteil an Landkreisschülern, die nicht in der Gemeinde Unterföhring wohnen, über 5 % je Herkunftsgemeinde liegt. Diese werden für den 5 % je Herkunftsgemeinde übersteigenden Anteil der gemeindefremden Landkreisschüler aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) berechnet (Beispiel: bei 7 % Schüleranteil aus einer fremden Landkreiskommune werden 2 % der tatsächlichen Baukosten als zusätzlicher Anteil übernommen). Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Der vom Landkreis München insgesamt getragene Investitionskostenanteil einschließlich der Zuschüsse, Beihilfen und freiwilligen Leistungen irgendwelcher Art darf 100 % der tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) nicht überschreiten.

§ 2 Absatz 3

Der Anteil des Landkreises nach Abs. 2 Nr. 2.1 Satz 1 wird entsprechend dem Baufortschritt in der Haushaltssatzung der Gemeinde festgesetzt. Er wird nach Rechnungsstellung durch die Gemeinde fällig.

§ 2 Absatz 4

Die Abrechnung über die Kosten der Baumaßnahmen nach Abs. 2 Nr. 2.1 Satz 3 und 5 und Nr. 2.2 mit dem Landkreis München erfolgt fünf Jahre nach Fertigstellung der Baumaßnahme.

Bei Baumaßnahmen, die innerhalb eines Haushaltsjahres abgeschlossen werden bzw. für den Schulbetrieb zur Verfügung stehen, erfolgt die Abrechnung im darauffolgenden Haushaltsjahr.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Landkreis München hat im Vorgriff auf seine endgültigen Leistungen nach Abs. 2 Nr. 2.1 Satz 3 und 5 und Nr. 2.2 Abschlagszahlungen zu leisten.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Landratsamt München entsprechend zu informieren und eine Änderungsvereinbarung mit dem Landkreis München abzuschließen.

Die Änderungsvereinbarung ist im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern zu veröffentlichen.

AZ 213
Finanzen

24 **Ortsrecht**

AZ 0281
Hauptamt

71 24 **Ortsrecht**
Neuerlass der "Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter"

Die Gemeinde Unterföhring hat mit Wirkung vom 09.12.1999 die „Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter“ erlassen.

Gemäß Art. 50 Absatz 2 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraß- und Verordnungsgesetz, LStVG) hat diese Verordnung eine Gültigkeitsdauer von 20 Jahren. Somit ist deren Gültigkeit mit Wirkung zum 09.12.2019 abgelaufen.

Die Verordnung dient dazu, dass die öffentlichen Straßen von den betreffenden Anliegern bzw. Hinterliegern sauber gehalten und im Winter die Gehbahnen von Schnee und Eis befreit werden. Des Weiteren regelt die Verordnung sehr deutlich die Vorgaben zur Reinhaltung der öffentlichen Straßen.

In der Praxis erwies sich die bisherige Verordnung als geeignetes Instrument das Ziel von sauberen öffentlichen Straßen und Wegen sowie von geräumten und enteisten Straßen zu erreichen.

Die Verwaltung empfiehlt einen Neuerlass der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter und hat einen (Verordnungs-) Entwurf (Stand 02.09.2020) erarbeitet.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Entwurf wurden die neu aufgenommenen Inhalte im Vergleich zur bestehenden Satzung gelb hinterlegt. Es handelt sich hierbei um kleine redaktionelle Änderungen sowie um verwaltungsrechtliche Ergänzungen.

Der Entwurf (Stand 02.09.2020) der neu zu erlassenden Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter sowie die abgelaufenen Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter vom 09.12.1999 wurden im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium nimmt den Entwurf (Stand 02.09.2020) der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter zur Kenntnis und beschließt diese vollumfänglich.

Die Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und über die Sicherung der Gehbahnen im Winter (Stand 02.09.2020) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Verordnung ist auszufertigen und tritt am 05.10.2020 in Kraft.

AZ 0281
Hauptamt

72

24

Ortsrecht

Neuerlass der "Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden"

Die Gemeinde Unterföhring hat mit Wirkung vom 09.10.2000 die „Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden“ erlassen.

Gemäß Art. 50 Absatz 2 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Verwaltungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraß- und Verordnungsgesetz, LStVG) hat diese Verordnung eine Gültigkeitsdauer von 20 Jahren. Somit wird deren Gültigkeit mit Wirkung zum 10.10.2020 ablaufen.

Die Verordnung dient dazu, dass Kampfhunde in öffentlichen Anlagen, auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen zu jeder Tages- und Nachtzeit an der Leine zu führen sind.

In der Verwaltungspraxis erwies sich die bisherige Verordnung als geeignetes Instrument und Regelungsgrundlage etwaige Halter von Kampfhunden dahingehend zu maßregeln, dass auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen Kampfhunde an der Leine zu führen sind.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung empfiehlt einen Neuerlass der Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden und hat einen (Verordnungs-) Entwurf (Stand 02.09.2020) erarbeitet.

Im Entwurf wurden die neu aufgenommenen Inhalte im Vergleich zur bestehenden Satzung gelb hinterlegt. Es handelt sich hierbei um kleine redaktionelle Änderungen sowie um verwaltungsrechtliche Ergänzungen.

Der Entwurf (Stand 02.09.2020) der neu zu erlassenden Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden sowie die aktuell gültige Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden vom 09.10.2000 wurden im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium nimmt den Entwurf (Stand 02.09.2020) der Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden zur Kenntnis und beschließt diese vollumfänglich.

Die Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden (Stand 02.09.2020) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Verordnung ist auszufertigen und tritt am 10.10.2020 in Kraft.

AZ 0281
Hauptamt

73

24

Feststadl Unterföhring; Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für die Außenanlagen

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 18.06.2020, Nr. 39, in dem für die Arbeiten an den Außenanlagen, ausgeführt von Fa. Strabag AG (192.218,18 €), die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe 43.913,80 € brutto genehmigt wurden.

Die Fa. Strabag AG hat die Trag- und Deckschichtarbeiten, Entwässerungs- und Platten / Tragschichtarbeiten von 08.06.2020 bis 28.08.2020 ausgeführt.

Die weiteren Arbeiten auf den Grundflächen werden durch den Bauhof ausgeführt. Darunter fallen die Leistungen für Transport und Einbau des Oberbodens, Rasenwabenplatten verlegen, Rasensaat, Bäume und Sträucher pflanzen und Pflegearbeiten.

Die Kosten für das Material und die Mietgeräte für die Arbeiten des Bauhofs wurden durch das Technische Tiefbauamt geschätzt und betragen insgesamt ca. 50.000,00 € brutto.

Diese überplanmäßigen Kosten sind bei den bisherigen Kostenschätzungen nicht berücksichtigt worden.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Ausführungszeit für die Außenanlage ist von 10.08.2020 bis 04.09.2020.
Ende Oktober werden 31 Bäume und Sträucher gepflanzt.

Beschluss: 19 : 5

Das Gremium folgt der Empfehlung des Technischen Tiefbauamtes und stimmt den überplanmäßigen Kosten in Höhe von 50.000,00 € für Material und Geräte für Leistungen, die durch den Bauhof ausgeführt werden, zu.

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 50.000,00 € brutto für die oben genannte Maßnahme sind unter der HHST. 33210.9540 in 2020 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

74

24

Machbarkeitsstudie zur Entlastung der B471 als Parallele entlang der A99; finanzielle Beteiligung an der Studie durch die Gemeinde Unterföhring

In den letzten Jahren wurde eine stetige Zunahme des Kfz- und Schwerlastverkehrs im Raum München festgestellt. Seitens des Landratsamtes München besteht die Überlegung – zur Bündelung der überörtlichen Verkehre und Verdrängungsverkehre der BAB 99 Ost im Bereich zwischen den Anschlussstellen Nr. 14 Aschheim/Ismaning und Nr. 20 Ottobrunn – eine Entlastungsstraße der Bundesstraße B 471 parallel zur Autobahn zu erstellen. Darüber hinaus soll im Zuge der Erstellung dieser „Autobahnparallelen“ auch die Anbindung der Messestadt Riem aus Osten verbessert werden.

Das Landratsamt München beabsichtigt nun, für diese Autobahnparallelle mit Messeanbindung eine Machbarkeitsstudie einschließlich der hierfür notwendigen verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen, durchführen zu lassen. Die Auslobung der Machbarkeitsstudie wurde unter Einbindung der Gemeinden Aschheim, Feldkirchen, Grasbunn, Haar, Kirchheim b. München, Putzbrunn, Unterföhring und Vaterstetten vorbereitet.

Vorbereitend wurden bereits grundlegende Unterlagen der Gemeinden zusammen getragen und erste Planungskorridore festgelegt, um eine Grundlage für die Angebotserstellung der Machbarkeitsstudie zur Verfügung stellen zu können.

In der öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses vom 27.04.2020 wurde durch das Gremium dem Lastenheft zugestimmt.

Der Beschluss zur (Mit)finanzierung der Studie wurde zurückgestellt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der Kommunalfinanzen wurde der Landrat gebeten, mit den betroffenen Kommunen die Finanzierung der Machbarkeitsstudie einschließlich der möglichen Straßenbaulast zu

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

besprechen und zur weiteren Beratung und Beschlussfassung wieder vorzulegen.

Das Lastenheft für die Machbarkeitsstudie einschließlich Plan vom 10.02.2020 zur vertraulichen Behandlung und der Beschluss der öffentlichen Sitzung im Kreisausschuss vom 27.04.2020 werden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Mit Schreiben des Landratsamtes München vom 15.07.2020 wird zur Finanzierung der Machbarkeitsstudie vorgeschlagen, dass zur Ausschreibung einer Machbarkeitsstudie die Gemeinde mit einer finanziellen Beteiligung in Höhe von brutto 50.000 Euro zustimmen möge.
Dieses Schreiben wurde ebenfalls dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat teilt seine grundsätzliche Bereitschaft zur (Mit)finanzierung der Machbarkeitsstudie für die Autobahnparallele zur Entlastung der B471. Die mit Schreiben vom 15.07.2020 vom Landratsamt München vorgeschlagene Beteiligung an den Kosten der Machbarkeitsstudie in Höhe von brutto 20.000 Euro wird übernommen.

Es sind entsprechende Haushaltsmittel für das HH-Jahr 2021 ff. unter dem Abschnitt 66 einzustellen.

AZ 611
Bauamt

75 24 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

75 24 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 09/2020 Fehlerhafte Routenführung über Google Maps

Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr bestätigt den Eingang der Nachricht vom 21.07.2020 zur fehlerhaften Routenführung über Google Maps und meldet sich baldmöglichst zurück.

AZ 621
Bauamt

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

75

24

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 09/2020 Dankeschreiben Nachbarschaftshilfe Unterföhring bzgl. Crowdfunding Projekt für das Fahrzeug Opel Combo

Der Vorsitzende gibt das Dankeschreiben der Nachbarschaftshilfe Unterföhring vom 03.08.2020 bekannt.

Die Nachbarschaftshilfe bedankt sich hierin für die finanzielle Unterstützung der Gemeinde Unterföhring bei der Beschaffung des neuen Fahrzeuges (Opel Combo).

Finanzen

75

24

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 09/2020 Vorstandswahl des Erholungsflächenvereins

Der Erholungsflächenverein (Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete in den Landkreisen um München e. V.) gibt die Ergebnisse der Vorstandswahl bekannt. Gewählt wurden Herr Landrat Löwl, Dachau, zum Vorsitzenden, Herr Landrat Frey, Starnberg, als weiteres Vorstandsmitglied, Herr Landrat Petz, Freising, als stellvertretendes Vorstandsmitglied und Herr Bürgermeister Janson, Feldkirchen, als stellvertretendes Vorstandsmitglied.

Die Landeshauptstadt München entsendet Frau Bürgermeisterin Habenschaden und als ihre Stellvertreterin Frau Stadtbaurätin Prof. Merk in den Vorstand.

Die Vereinsmitglieder des bislang amtierenden Vorstands wurden einstimmig entlastet.

AZ 612
Bauamt

75

24

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 09/2020 Klimaschutzklärung 29++

Der Erste Bürgermeister weist darauf hin, dass am 26.08.2020 eine Mail von dem Gemeinderatsmitglied Herrn Kirnberger eingegangen ist, die in der öffentlichen Sitzung bekannt gemacht werden soll. In der Nachricht wird nach dem aktuellen Sachstand zur Klimaschutzklärung 29++ gefragt.

Der Vorsitzende erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 06.04.2017, Nr. 564, durch welchen das Gremium der Klimaschutzklärung 29++ zustimmte. Im Zuge des Beschlusses wurde weiterhin festgehalten, dass dem Landkreis-München ein Statement des Gemeinderats bezüglich der angesetzten Ziele übermittelt werden soll.

6. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu diesem äußert sich das Landratsamt (Herr Reicherzer) wie folgt: „Dem Kreistag war bei der damaligen Beschlussfassung durchaus bewusst, dass die Treibhausgas (THG)-Emissionen in einzelnen Kommunen weit höher liegen. Es geht deshalb nicht darum, dass jede einzelne Kommune ihre Emissionen um 54 % reduziert, sondern dass bis 2030 im Landkreisdurchschnitt eine THG-Emission von 6 Tonnen pro Einwohner erreicht wird. Im Jahr 2016 lag die durchschnittliche Treibhausgasemission bei 9,5 Tonnen pro Einwohner.“

Des Weiteren erinnert der Vorsitzende daran, dass eine Evaluierung der Ziele im Jahr 2020 stattfinden sollte, wofür der THG-Bericht des Landkreises als Grundlage dient. Das Landratsamt weist allerdings drauf hin, dass es eventuell zu einer Verschiebung dieser Auswertung kommen könnte, da aktuell die Stelle der Gesamtprojektleitung der Initiative 29++ nicht besetzt ist.

Bauamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter /-innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 22:03 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer